

# „Erneuerbare“: Subventionen ohne Ende

geschrieben von Admin | 10. März 2025

**Wind und Sonne sollen die künftigen Säulen unserer Energieversorgung sein. Quellen von schwankender Naturenergie werden nie Säulen sein. Vor allem die Umwandlung in Nutzenergie wird unbezahlbar. Es läuft genau so, wie Alexander Wendt es formulierte:**

**„Deutsch sein heißt, jede Sackgasse bis zu ihrem Ende abzuschreiten.“**

**von Hennig Frank**

**WINDKRAFT IST NICHT WETTBEWERBSFÄHIG!** Nachdem die von unseren Steuern und Abgaben gezahlte Vergütung von 15,4 Eurocent pro Kilowattstunde ausgelaufen ist, gibt es nur noch 3,9 Eurocent/kwh. Der Windpark vor Amrum ist damit nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben. [pic.twitter.com/GGmVa2hD4e](https://pic.twitter.com/GGmVa2hD4e)

– J. Eckleben (@Eckleben) March 8, 2025

Fast täglich ist das Hohelied der ach so günstigen Stromerzeugung durch die „Erneuerbaren“ zu hören. Wind- und Solaranlagen brauchen keinen Brennstoff, so folgt darauf die irrige Folgerung „Wind und Sonne schicken keine Rechnung“. Diese grundnaive grüne Behauptung blendet wirklich alles aus, was die Kosten einer Strom- und Energieversorgung maßgeblich ausmacht. Ganz abgesehen davon, dass auch die Vorkommen an Energierohstoffen wie Kohle, Öl und Gas keine „Rechnung“ schicken, sind die Förder- und Wandlungskosten maßgebend und vor allem der Zeitpunkt, zu dem das Produkt am Markt verkauft werden kann.

Mit Inkrafttreten des Stromeinspeisungsgesetzes 1991 begann die finanzielle Förderung der Windenergie, zunächst als Umlage auf den Strompreis. Das blieb auf Grund einer geringen Anlagenzahl und der geringen Höhe der Umlage kaum bemerkt, bis das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ab dem Jahr 2000 den Turbo des Ausbaus zündete.

Die Umlage stieg stark an (bis auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde, ct/kWh, in 2021) und verteuerte den Strom, bis die Ampelregierung im Jahr 2022 aus kosmetischen Gründen die Förderung über den Strompreis beendete. Wir hätten sonst heute oft Haushalts-Strompreise jenseits der 40 ct/kWh. Die Subventionierung legte man auf den Staatshaushalt um. Nun wird der Stromkunde in seiner Funktion als Steuerzahler für die „Erneuerbaren“

zur Kasse gebeten. Im Jahr 2024 flossen so knapp 19 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt ab.

Dieses Geld ist nach Ablauf des Jahres weg, es diente zum Lebenserhalt, zur Zwangsbeatmung von Wind- und Solar-, Biomasse- und der wenigen Wasser- und Geothermieanlagen. Es wurde nicht investiv verwandt, sondern konsumtiv für den laufenden Bedarf dieser Anlagen.

An estimated 40 million tonnes of wind power blade waste could end up in landfills by 2050. This is the complete opposite of sustainable. pic.twitter.com/ZbRL0RL4bo

– James Melville ☺ (@JamesMelville) March 7, 2025

Das finnische Kernkraftwerk Olkiluoto kostete über 11 Milliarden Euro. Der Bau war von vielen Rückschlägen, Verzögerungen und Kostensteigerungen geprägt und gilt der Erneuerbaren-Lobby als abschreckendes Beispiel und als Begründung, dass Kernkraft viel zu teuer sei. Allerdings wird dabei übersehen, dass nach dieser einmaligen Investition nun mindestens für 60 Jahre zu niedrigen Betriebskosten Strom bedarfsgerecht erzeugt wird. Das Endlager in der Nähe ist übrigens fertig.

Wir hingegen werden dauerhaft den Betrieb der „Erneuerbaren“ zwangsbeatmen müssen, solange die Erneuerbaren-Lobby ihren überragenden politischen Einfluss behält.

Theoretisch hätten die Umlagen/Subventionen für die „Erneuerbaren“ schrittweise zurückgeführt werden sollen, je besser die Anlagen entwickelt werden und damit einhergehend die Betriebskosten sinken. Das wäre eine durchaus sinnvolle Markteinführungshilfe einer neuen Technologie. Nun ist aber die Windkraftnutzung keineswegs neu, sie begann vor etwa 4.000 Jahren in Persien und ihr Aussterben im ausgehenden 19. Jahrhundert war vor dem Hintergrund der industriellen Entwicklung folgerichtig. Sicher verfügbare andere Technologien zur Energieumwandlung waren günstiger.

Nach dem EEG erhalten heute in Betrieb gehende Windkraftanlagen über einen 20-jährigen Garantiezeitraum eine finanzielle Förderung, das heißt, bis 2045. Setzt man als Beginn der Förderung dieser Technologie das Jahr 1991 an, so ergibt sich ein Gesamt-Förderzeitraum von mindestens **54** Jahren. Wenn eine Technologie nach so langer Förderung nicht marktfähig ist, wird sie es nie werden. Von toten Pferden sollte man absteigen.

Es ist aber Staatsräson und wird kritiklos von den etablierten Parteien hingenommen,

dass diese verstetigte Subventionierung auf lange Sicht fortgesetzt werden wird, es sei denn, Politiker sollten dereinst den Mut haben, strikte Entscheidungen zu treffen.

Dazu kommt, dass in der Realität die Anlagen immer marktferner werden. Auf Grund ihrer Vielzahl und der relativen Gleichzeitigkeit der Stromproduktion drücken sie den Strompreis bei gutem Wind in den Keller und könnten nur geringe Preise am Markt erzielen. Dagegen sind in windarmen Zeiten die Preise hoch, die Anlagen können dann aber nicht oder nur wenig liefern. Diese Selbstkannibalisierung lässt eine Marktfähigkeit in immer weitere Ferne rücken. Die Einnahmen über den Markt können steigende Pacht-preise, Anlagenkosten, Wartungskosten und Versicherungen nicht mehr erwirtschaften.

Jede Forderung, die Einspeisevergütung zu verringern, wird von der Branche nahezu hysterisch bekämpft. Das passt natürlich nicht zur Theorie des „günstigen“ Erneuerbaren-Stroms, die uns das DIW und andere wiederholt präsentieren. Das Gegenteil ist der Fall. Im Schatten des Weihnachtsbaums und der öffentlichen Aufmerksamkeit wurde Ende Dezember 2022 in den Ausschreibungsbedingungen die Untergrenze für die Vergütung des Windkraftstroms auf 7,35 ct/kWh angehoben, um satte 25 Prozent, weil die Anzahl der Gebote auf die Ausschreibungen zu gering war. Zudem erreichen über das Referenzertragsmodell des EEG Anlagen in Süddeutschland bis zu 11,31 ct/kWh, eine volkswirtschaftlich absolut unsinnige Regelung. Sicher wird auch in anderen Ländern die Windkraft ausgebaut, aber eben nicht in windarmen Gegenden und dann noch besonders hoch subventioniert.

Die rotgrünen Angriffe auf die Schuldenbremse dienen auch dazu, die dauerhafte finanzielle Hilfsenergie für die „Erneuerbaren“ zu sichern – auf Kosten der nachfolgenden Generationen und mit der Folge steigender Inflation. Unsere Kinder und Enkel werden zahlen für den heutigen unwirtschaftlichen Betrieb von Windkraftanlagen, selbst wenn es diese dann gar nicht mehr gibt.

### Genießen im Streichelzoo

Bis zur Einführung von Ausschreibungsverfahren im Jahr 2017 war das Gelddrucken in der Windbranche relativ bequem. In einem lichten Moment führte der damalige Wirtschaftsminister Altmeier das Ausschreibungsverfahren für die „Erneuerbaren“-Anlagen in das EEG ein, deckelte die Einspeisevergütungen und sorgte für einen Hauch von Wettbewerb. Nach einigen schwachen Jahren zieht der Wind-Boom nun durch die angehobene Vergütung wieder an und sorgt für steigende Subventionszahlungen.

Für die Behauptung, Windkraft und Fotovoltaik seien die „günstigsten“ Energiequellen, zieht man verschleiernd die reinen Strom-Gestehungskosten heran, ohne Berücksichtigung der Subventionierung und der systemischen Folgekosten. Jede Windkraftanlage braucht ein

hundertprozentiges Backup für die Flautezeiten. Streng genommen ist die Versorgungssicherheit sogar negativ, wenn man bedenkt, dass die Anlagen während des Stillstands, also zu Zeiten ohnehin knappen Stroms, diesen noch aus dem Netz ziehen, um ihre Anfahrbereitschaft zu erhalten.

Die steigenden Kosten des Stromsystems werden weiterhin sozialisiert, damit die „Erneuerbaren“-Hersteller und –Betreiber ungestört ihr einträgliches subventioniertes Geschäft betreiben und die Gewinne privatisieren können.

Wenn also der Erneuerbaren-Strom so günstig ist, warum bedarf es der EEG-Umlage und warum reicht selbst das nicht aus? Die Förderung besteht aber nicht nur aus Geld, sondern aus mehreren geldwerten Vorteilen:

- Der Einspeisevorrang sichert die Abnahme des erzeugten Stroms, auch wenn er nicht gebraucht wird, sogar wenn die Marktpreise negativ sind.
- Sollte der Strom aus Gründen des Abtransports (Netzrestriktionen) nicht abgenommen werden können, wird der Phantomstrom, der hätte erzeugt werden können, zu 90 Prozent entschädigt.
- Der Netzanschluss wird über die Netzentgelte durch die Allgemeinheit finanziert. Auch Anlagen mit langen Zuleitungen, also an der letzten Michkanne, müssen durch die Netzbetreiber verpflichtend und zu hohen Kosten angeschlossen werden.
- Die Anlagenbetreiber tragen keinerlei Systemverantwortung, sie werden zu Systemdienstleistungen wie Frequenz- und Spannungshaltung nicht verpflichtet. Sie erzeugten im vergangenen Jahr 33 Prozent der Nettostromproduktion, tragen aber genau null Prozent Systemverantwortung.

Das sollte reichen für ein einträgliche Wind-Geschäft. Im Grunde verbleibt nur ein einziges, dafür großes Risiko: der Wettergott.

„Satans Erbarmen“

Richard Wagner ließ im „Fliegenden Holländer“ den Kapitän Daland singen: Wer baut auf Wind, baut auf Satans Erbarmen! Der Satan meinte es im nun vergangenen Winter nicht gut mit den Windbaronen. „Windkraft-Betreiber schlittern in die Krise“, schrieb finanzmarktwelt.de schon am 2. Februar. Drei Dunkelflauten im November und Dezember und Schwachwind im Januar und Februar ließen die Einnahmen sinken, während die Ausgaben für Pachten, Kredite, Wartung und Reparaturen bleiben oder sogar steigen.

Die Wintermonate November/Dezember 2024 und Januar/Februar 2025 brachten nahezu katastrophale Erträge. Sie sind etwa so niedrig wie in den Vergleichsmonaten 2022/2023, allerdings bei 7 Gigawatt mehr installierter Leistung. Der Ausnutzungsgrad (Vollastanteil) sank von 36,0 Prozent im Vorjahreszeitraum auf 26,4 Prozent. Der Satan ist halt launisch. Die These, Wind- und Solarenergie würden sich über die

Jahreszeiten ergänzen, ist theoretisch richtig, praktisch aber nicht belastbar. In diesen Monaten haben beide schlecht geliefert.

Die Bilanzen und Bewertungen betroffener Firmen geben Anlass zu unternehmerischer Sorge. Über dieses Portal lassen sich Bewertungen zu den Bilanzen und Ausblicke einsehen. Am Beispiel der Enercon GmbH sieht man ein drastisch gesunkenes Anlagevermögen, Liquiditätsprobleme und ein hohes Investorenrisiko. Im vollständigen Jahresabschluss weisen die Abschlussprüfer explizit auf eine Bestandsgefährdung hin. Windparks sollen verkauft werden, wohl auch, um mehr als 440 Millionen Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfond im Jahr 2026 zurückzahlen zu können. Hätten die Anteilseigner nicht bereits über 200 Millionen Euro zugeschossen, wäre die Gesellschaft wohl schon heute zahlungsunfähig. Mit einiger Wahrscheinlichkeit werden wir noch Rufe nach einem „Rettungsschirm“ oder anderen lebenserhaltenden Maßnahmen für die Windkraft hören.

Trotz der beschriebenen staatlichen Rundumfürsorge sind die Aussichten auf die Heranführung der Windkraft an den Markt schlechter denn je. Auch in Dänemark, noch vor Deutschland das Mutterland der Windkraft, scheiterte der Versuch der Marktintegration. Eine Ausschreibung von Flächen in der Nordsee ging grandios daneben, obwohl die Bedingungen dort günstig sind, nah an der Küste bei geringen Wassertiefen. Das Auktionsdesign sei „abschreckend“ gewesen, urteilte die Branche. Es hätte keinerlei staatliche Förderung gegeben, keine Garantien für einen Strom-Mindestpreis. Obendrein wollte der Staat daran verdienen, eine Konzessionsabgabe für 30 Jahre wurde gefordert und der Netzanschluss sollte selbst bezahlt werden. Vor dem Hintergrund steigender Anlagenpreise und fehlender Stromabnahme-Garantie ging folgerichtig kein einziges Gebot ein.

Dieser Versuch unserer gemütlichen Nachbarn, Windkraft unter Marktbedingungen zu nutzen, ging also gründlich schief. Ein Umdenken hat bereits eingesetzt. Copenhagen Atomics arbeitet an der Entwicklung von Salzschnelze-Reaktoren und die Regierung erwägt den Einstieg in die Kernkraft mit Reaktoren der neuesten Generation.

### Dünner Wind

Warum wird es auch dauerhaft und mit weiter optimierten Windkraftanlagen nicht gelingen, Wirtschaftlichkeit am Markt zu erreichen? Zum einen ist es die fehlende bedarfsgerechte Produktion, zum anderen die geringe Energiedichte des Windes und der daraus folgende gigantische Materialaufwand, der zu einem unzureichenden Erntefaktor (EROI) führt. Dieser gibt an, wie viel Energie über die Lebensdauer einer Anlage gewonnen werden kann im Vergleich zur Energie, die für Bau, Betrieb und Entsorgung aufgewendet werden muss. Während bei Kernkraftwerken dieser Quotient bei etwa 100 liegt, kommt die Windkraft auf nur 4 – 16.

Das heißt nicht, dass Windkraftanlagen grundsätzlich unwirtschaftlich

sind. Moderne Anlagen an sehr windgünstigen Standorten an Küsten wie an der marokkanischen Atlantik- oder der kalifornischen Pazifikküste produzieren zu sehr niedrigen Gestehungskosten und solange die Kosten der Netzintegration überschaubar bleiben und Stromspeicherung weitgehend vermieden werden kann, ist das volkswirtschaftlich auch sinnvoll. In der germanischen Einöde allerdings mit begrenzten Küstenstreifen eines Randmeeres Nordsee und eines Binnenmeeres Ostsee bleibt die Wirtschaftlichkeit schon auf Grund mangelnden Windaufkommens weitgehend aus.

#### Grüne Expert\*innen

Fachfrauen wie Katrin Göring-Eckhard prognostizierten, dass der Strom billiger werden würde, wenn mehr „Erneuerbare“ ins Netz einspeisen. Ein Blick auf die Entwicklung des Ausbaus dieser und die Entwicklung der Strompreise seit 2000 sollte sie eigentlich stocken lassen, aber die Dame ist hochspezialisiert und hat auch erkannt, dass Atomstrom die Netze verstopft. Allerdings gilt das nur für den deutschen Atomstrom, nicht für den aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, der Schweiz, aus Tschechien und Schweden, den wir in den vergangenen Monaten in größerer Menge importierten. Das ist ein interessantes elektrophysikalisches Phänomen, welches uns die grüne Fachfrau sicherlich noch erklären wird.

Auch die Behauptung, der Atomstrom sei zu teuer, wird von der Realität widerlegt. Wenn dem so ist, warum importieren wir ihn dann in großem Umfang?

Am Ende der Energiewende steht eine Lose-lose-Situation, bei der alle Beteiligten, auch die der gepriesenen „Erneuerbaren“, als Verlierer vom Platz gehen werden. Historische Vergleiche hinken. Aber immerhin gibt es eine Analogie. Mit landesweit verstreuten Windkraftanlagen kann die Energieversorgung genauso wenig gesichert werden wie seinerzeit die Stahlproduktion bei Maos „Großem Sprung“ dezentralisiert werden konnte. Die Gemeinsamkeit und der Fehler bei beiden Ansätzen ist: Sie sind ideologiegetrieben.